

## Die gekaufte Wissenschaft

Unternehmen bestellen Studien, engagieren Professoren und finanzieren ganze Institute, die in ihrem Sinne forschen. An den Universitäten ist die Wirtschaft zu einer verborgenen Macht herangewachsen.

von Kerstin Kohlenberg; Yassin Musharbash | 01. August 2013 - 08:00 Uhr

©Johannes Eisele/AFP/Getty Images

Humboldt-Universität in Berlin, Archivbild aus dem Jahr 2010

An einem Sonntag im Juni 2009 setzt sich ein Wissenschaftler eines angesehenen deutschen Forschungsinstituts an seinen Computer und öffnet das Mailprogramm. Diverse Nachrichten von Kollegen sind eingetroffen, außerdem eine E-Mail aus New York von einem renommierten amerikanischen Anwalt. Der Wissenschaftler hat ihn zwei Jahre zuvor kennengelernt. Der Anwalt arbeitete damals für das amerikanische Parlament. Der Wissenschaftler öffnet die Mail und ist erstaunt. Der Anwalt arbeitet jetzt für das Internetunternehmen Google. Er bittet den Wissenschaftler um ein Gutachten zu einem Vergleichsvorschlag von Google in einem Urheberrechtsstreit.

Google hat einige Jahre zuvor in den USA damit begonnen, Bücher zu scannen und kostenlos online zu stellen. Die Autoren der Bücher waren empört, sie fürchteten um ihr Einkommen, es war der Beginn einer langwierigen juristischen Auseinandersetzung, die bis zum heutigen Tag andauert.

Weil Google auch die Werke deutscher Autoren einscannete, war juristische Unterstützung von einem deutschen Rechtsexperten für den Konzern von großem Wert. Besonders hilfreich konnte für Google in dieser Situation zum Beispiel ein Gutachten eines unabhängigen, weil zum großen Teil durch staatliche Gelder finanzierten deutschen Instituts sein.

Darum bittet der Anwalt den Wissenschaftler in seiner E-Mail.

Manche Forscher empfinden ein solches Anliegen als unmoralisches Angebot. Der Anwalt fragt daher vorsichtig, ob das Institut überhaupt Gutachten für Privatfirmen übernehme. Und falls nicht, schreibt der Anwalt weiter, "würden es dann stattdessen einzelne Mitglieder des Institutes machen?" Privat, als gut bezahlte Nebentätigkeit. Zum Beispiel er, der Wissenschaftler, oder vielleicht sein Chef, der Leiter des Instituts?

Dann legt der Amerikaner im Einzelnen dar, wie das Gutachten aufgebaut sein sollte. Er formuliert sechs Argumente, mit denen der Wissenschaftler, sofern man handelseinig werde, begründen soll, warum der Vergleichsvorschlag von Google nicht das internationale Urheberrecht verletzt. "Die Rechte werden den Autoren zu keinem Zeitpunkt genommen",

diktiert der Anwalt gewissermaßen dem Wissenschaftler, was bei dem Gutachten herauskommen soll.

Dass Wissenschaftler um Gutachten gebeten werden, ist in der Forschungswelt durchaus üblich. Aber: "Dass das Ergebnis und sogar die Argumente vorgegeben werden, ist äußerst ungewöhnlich", sagt der Wissenschaftler. Er formuliert höflich, macht jedoch klar: Einen solchen Auftrag würde er nie annehmen. Die E-Mail des amerikanischen Anwalts hat er nicht beantwortet.

Trotzdem spricht der Wissenschaftler nur anonym mit der *ZEIT*. Denn an seinem Institut denkt nicht jeder wie er. Ein Kollege hat den Auftrag angenommen. Wie von Google gefordert, kommt er in seinem Gutachten zu dem Schluss, dass der Vergleichsvorschlag des Konzerns nicht gegen internationale Urheberrechte verstößt.

Wie der Mensch in der modernen Industriegesellschaft die Welt begreift, darüber entscheiden maßgeblich die Erkenntnisse der Wissenschaft. Glaubten die Menschen früher an Medizinmänner oder Wahrsager, vertrauen sie heute auf Professoren und Forschungsinstitute. Egal, ob es um ökonomische, ökologische, juristische oder gesundheitliche Fragen geht: Wissenschaftler bestimmen, welche Antworten die Menschen für richtig halten.

Sorgt das Urheberrecht dafür, dass ein Autor für die Anstrengung, ein Buch zu schreiben, eine gerechte Entlohnung erhält, oder schadet es der Wirtschaft, weil es innovative Internetfirmen behindert?

Sind komplizierte Wertpapiere, die im Ruf stehen, die Finanzkrise ausgelöst zu haben, gefährlich, oder lässt sich das Risiko kontrollieren?

Ist die Energiewende richtig, oder macht sie unseren Strom zu teuer?

Ist Kaffee ungesund oder nicht?

So unterschiedlich diese Fragen sind, die moderne Wissenschaft beantwortet sie. Von ihren Erkenntnissen kann abhängen, ob der Bundestag ein Gesetz zur Reglementierung des Internets verabschiedet, ob die Energiewende in Verruf gerät und wie viel Kaffee die Deutschen trinken.

Solange es unparteiische Wissenschaftler sind, die diese Antworten geben, ist dagegen nichts einzuwenden. Was aber, wenn sich hinter den Wissenschaftlern in Wirklichkeit Unternehmen verbergen? Wenn es bei all der Forschung nicht um die Wahrheit geht, sondern um Geld, um die Gewinne von Internetfirmen, Stromkonzernen, Kaffeehändlern und Banken?

2006, zwei Jahre vor dem Ausbruch der Finanzkrise, einigte sich die Deutsche Bank mit der Berliner Humboldt-Universität und der Technischen Universität Berlin darauf, ein

Forschungsinstitut aufzubauen, das sich vor allem mit den Risiken der Finanzmärkte und ihrer Produkte beschäftigen sollte. Die Deutsche Bank finanzierte das sogenannte Quantitative Products Laboratory als alleiniger Geldgeber mit drei Millionen Euro pro Jahr. Heute erklärt die Universität der *ZEIT* gegenüber, es habe sich bei dem Institut, dessen Tätigkeit schon im Sommer 2011 wieder auslief, um eine Einrichtung der Bank gehandelt, die lediglich von den Wissenschaftlern der Universität genutzt werden konnte. Es wirkt, als sei die Existenz des Instituts der Universität inzwischen peinlich. Das hat auch einen Grund.

Zunächst wurden keine Details über die Kooperation bekannt. Als aber ein empörter Professor den Vertrag im Frühjahr 2011 öffentlich machte, wurde klar, was die Geheimniskrämerei sollte. Die Paragraphen legten fest, dass die Deutsche Bank in der Forschungseinrichtung den Ton angab. Das Institut habe, so hieß es, "in räumlicher Nähe zur Deutschen Bank" zu liegen, da man eine "enge inhaltliche Zusammenarbeit" anstrebe. Tatsächlich waren die Büros in Berlin in der Alexanderstraße 5 angesiedelt, im selben Haus wie das Investment & FinanzCenter der Bank. Weiter bestimmte der Vertrag, dass die Besetzung der beiden Professuren "im Einvernehmen mit der Deutschen Bank" erfolgen müsse.

Vor allem aber durfte die Deutsche Bank bei einzelnen Forschungsvorhaben entscheiden, welche Ergebnisse veröffentlicht wurden und welche nicht. Sie seien der Bank zur Freigabe vorzulegen, steht im Vertrag, um sicherzustellen, dass die "Interessen der Deutschen Bank nicht berührt" werden. Die namentliche Erwähnung der Bank in einer Veröffentlichung sei "in jedem Fall nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Deutschen Bank zulässig".

Nun kann man die Frage stellen: Ist ein Professor, der an einem solchen Institut arbeitet, ein Wissenschaftler oder ein Bankangestellter?

Wissenschaft muss profitorientiert sein. Dieser Satz wäre wohl noch vor wenigen Jahren von einem Großteil der deutschen Wissenschaftler vehement zurückgewiesen worden. Inzwischen aber gibt es offenbar eine eigenartige Gewöhnung an die Ökonomisierung der Forschung. In einer Zeit, in der immer mehr Schulen, Krankenhäuser und Theater privatwirtschaftlich geführt werden, scheint es, als ob die Hochschulen zunehmend akzeptieren, dass Wissenschaft nicht in erster Linie Erkenntnis bringen muss, sondern Geld. Und so kommentiert der Vizepräsident für Forschung der Humboldt-Universität, Peter Frensch, die Kooperation mit der Deutschen Bank gegenüber der *ZEIT* eher unaufgeregt. Strittige Teile des Vertrages seien bei der Auftragsforschung üblich. Und: "Hinsichtlich der Nutzung von Daten in der Forschung, die von Auftraggebern zur Verfügung gestellt werden, sind wir natürlich verpflichtet, deren Bedingungen zu folgen. Entsprechende Geheimhaltungsklauseln müssen wir auch akzeptieren."

Ist ein Institut, das von einer Bank bezahlt wird, noch dazu geeignet, den Menschen zu erklären, wie sie die Gefahren der Finanzmärkte einschätzen sollen? Grundlegender

gefragt: Hilft es der Wissenschaft, wenn sie Geld von der Wirtschaft bekommt – oder schadet es ihr? Ist die Wissenschaft käuflich geworden?

Stefan Hornbostel sitzt in seinem Büro im Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung, das ebenfalls zur Humboldt-Universität gehört. Ein paar Scheinwerfer stehen einsatzbereit in der Ecke, falls wieder einmal das Fernsehen vorbeikommt – Hornbostel wird seit einiger Zeit häufig um seine Meinung gebeten. Die Sorge um den Rohstoff Wissen wächst, und Hornbostel ist eine Art Wächter der Forschung. Er beschäftigt sich mit der Frage: Was macht gute Wissenschaft aus?

## **Studien werden gekauft und verkauft wie auf einem Markt**

Gute Wissenschaft kostet vor allem Geld. In einer Zeit jedoch, in der der Staat sparen muss, bedeutet das für die Universitäten: Sie müssen sich das Geld an anderer Stelle besorgen. "Die Abhängigkeit von externen Geldern wird deutlich größer", sagt Hornbostel. "Und das hat natürlich einen strukturverändernden Effekt auf die Unis. Die Professoren müssen sich immer stärker auf die Geldakquise konzentrieren."

Hornbostel erzählt von einem Hörsaal in Mannheim, den die dortige Universität "Saal der starken Marken" getauft hat. Neben der Tür sind die Namen der 43 Unternehmen aufgelistet, die die Renovierung bezahlt haben. Hornbostel schüttelt den Kopf. Der Kampf der Universitäten gegen die Geldknappheit nimmt manchmal absurde Züge an. An der Universität Erlangen-Nürnberg heißt ein Hörsaal inzwischen easyCredit-Hörsaal. 130.000 Euro hat die Nürnberger TeamBank, die diesen Kredit anbietet, für die Namensgebung bezahlt. An der Fachhochschule Würzburg gibt es den Aldi-Süd-Hörsaal sowie den Sparkassen- und den Fresenius-Medical-Care-Hörsaal. In Bremen preist die Universität ihre Studenten den Unternehmen als ideale Werbezielgruppe an. "Die Universität Bremen verfügt über mehrere Medienbildschirme, die an zentralen Stellen in den Gebäuden" aufgestellt seien, schreibt die Uni auf ihrer Website. Und weiter: "Sie interessieren sich für Werbemöglichkeiten auf den Medienbildschirmen? Wenden Sie sich bitte an die advertecs GmbH."

Nun kann einem dies einerseits egal sein, Studenten sind erwachsene Menschen und werden auch anderswo in ihrem Alltag mit Werbung konfrontiert. Andererseits: Kann man von einem Studenten, dessen Universität eher an ein Fußballstadion mit Bandenwerbung erinnert als an eine Hochschule, in der Wissen vermittelt wird, noch erwarten, dass er sensibel ist für die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Wissenschaft?

Die Universitäten sind angesichts der leeren Kassen in einer schwierigen Lage. Der Geldbetrag, den sie pro Student zur Verfügung haben, sinkt von Jahr zu Jahr. Manche Hochschulen können sich nicht einmal mehr neue Stühle für ihre Aula leisten.

Eine Notsituation, die die Wirtschaft für sich zu nutzen gelernt hat. 1,8 Milliarden Euro haben Unternehmen und Stiftungen allein im Jahr 2011 in deutsche Hochschulen investiert.

Die Wirtschaft ist jetzt drin im Wissenschaftsbetrieb. Sie hat an den Universitäten einen Teil der Budgetmacht übernommen. Und wer über das Budget bestimmt, der redet auch bei den Inhalten mit.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten für Unternehmen, auf die Ergebnisse universitärer Forschung Einfluss zu nehmen. Die einfachste ist: Man sorgt dafür, dass eine Frage untersucht wird, für die sich bisher kein Wissenschaftler interessiert hat. Das heißt, man gibt eine Studie in Auftrag.

Für 70.000 Euro lässt zum Beispiel der Pharmakonzern Novartis gerade an der Universität Wuppertal eine Studie erstellen, die errechnen soll, wie viel Geld Blinde und Sehbehinderte den deutschen Staat kosten. Erst auf den zweiten Blick erschließt sich, warum eine solche Studie für Novartis nützlich sein kann. Das Unternehmen erhielt vor einigen Jahren die Kassenzulassung für das Medikament Lucentis, das gegen die Alters-Augenkrankheit AMD wirkt, eine häufige Ursache für Erblindung. Doch Lucentis ist teuer, pro Patient fallen jährlich bis zu 15.000 Euro an. Viel billiger ist das eigentlich für die Darmkrebs-Behandlung vorgesehene Medikament Avastin, das ebenfalls gegen AMD verabreicht werden kann. Avastin wird von der Firma Roche hergestellt, die zu einem Drittel Novartis gehört. Roche aber hat bisher keine Zulassung von Avastin als AMD-Medikament beantragt. Um das Lucentis-Geschäft von Novartis nicht zu gefährden, wie manche Kritiker vermuten? Roche bestreitet das auf Anfrage und nennt als Grund, AMD-Medikamente gebe es bereits, bei der Krebsbehandlung aber bestehe "nach wie vor hoher medizinischer Bedarf". Wie auch immer: Eine Studie über beeindruckend hohe Kosten für Sehbehinderte könnte helfen, Lucentis als kostengünstig darzustellen.

Die Kapitalanlagegesellschaft Union Investment bezahlte eine Summe, die etwa zehn Prozent der gesamten Mittel des "Forschungszentrums Generationenverträge" der Universität Freiburg ausmacht – genaue Zahlen will das Zentrum nicht nennen. Union Investment erhielt von den Forschern eine Studie zur Vorsorgeunsicherheit der gesetzlichen Rentenversicherung. Laut Vorwort belegt sie "die Wirksamkeit einer zusätzlichen Vorsorge wie der Riester-Rente". Union Investment ist Marktführer bei der privaten Riester-Rente.

47.923 Dollar gab Google für eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus, die sich mit der Frage beschäftigt, ab wann Menschen ihre Privatsphäre zu schützen beginnen und welche Anreize sie dazu bewegen, dies zu unterlassen. Je weniger die Menschen ihre privaten Daten im Internet schützen, desto besser kann Google personalisierte Werbung auf seinen Seiten platzieren.

Drei Studien, die vor allem einen Nutzen haben: den Profit von Novartis, Union Investment beziehungsweise Google zu sichern oder zu steigern.

Die wissenschaftliche Studie ist längst zu einem Produkt geworden. Sie kann bei Bedarf gekauft und verkauft werden wie auf einem Markt.

## Mehr als 1.000 Stiftungsprofessuren gibt es in Deutschland

Es gibt noch weitere attraktive Forschungsprodukte, die Unternehmen kaufen können. Zum Beispiel die sogenannte Stiftungsprofessur. Mit der Finanzierung eines privaten Lehrstuhls kann ein Unternehmen dafür sorgen, dass ein Professor sich ausschließlich einem gewünschten Fachgebiet widmet. So finanziert zum Beispiel die Commerzbank-Stiftung an der TU Chemnitz die "Stiftungsprofessur für Monetäre Ökonomie, Bankwirtschaft, öffentlicher und privater Finanzierung". Das Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsunternehmen Ernst & Young hat an der Humboldt-Universität in Berlin eine "Stiftungs-Juniorprofessur für Quantitative Betriebswirtschaftliche Steuerlehre" geschaffen, und an der Universität Stuttgart gibt es die "Stiftungsprofessur für Kraftfahrzeug-Mechatronik", eingerichtet unter anderen vom Automobilhersteller Porsche und vom Zulieferunternehmen Bosch.

Inzwischen gibt es in Deutschland mehr als 1.000 Stiftungsprofessuren. Gefördert werden vor allem Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sowie Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften. Allein die Unternehmen der Energiewirtschaft wie etwa die Konzerne RWE und E.on finanzieren 31 Stiftungsprofessuren an 19 Hochschulen.

Die für ein Unternehmen vielleicht reizvollste Möglichkeit der Einflussnahme aber besteht darin, gleich ein ganzes Institut zu gründen: ein sogenanntes An-Institut – eine Forschungsstätte, die an eine Universität angegliedert ist, ihren Namen verwendet, aber rechtlich und finanziell eigenständig ist.

Google zum Beispiel besitzt neuerdings ein solches Institut, das Alexander von Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft in Berlin. Es hat seinen Sitz an der Humboldt-Universität im Gebäude der Juristen direkt gegenüber der Staatsoper. 27 Wissenschaftler sind hier beschäftigt, was sich Google für drei Jahre 4,5 Millionen Euro kosten lässt.

Das Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft beschäftigt sich mit der Frage, wie das Netz das Leben der Menschen beeinflusst. Zweifellos ein wichtiges Forschungsfeld. So gesehen, kann man froh sein, dass Google dieses Institut geschaffen hat. Der Staat hatte ja offenbar nicht genug Geld dafür übrig.

Doch wie neutral ist das von Google finanzierte Institut?

In seinen bisherigen Publikationen untersucht es hauptsächlich die positiven Seiten des Internets. In den Studien geht es um "Open Data", "Open Government", "Partizipation" und vor allem um die Innovationsleistung des Netzes. Es sind wenige Untersuchungen dabei, die den Interessen von Google widersprechen. Eine Studie beschäftigt sich kritisch mit Twitter, einem Wettbewerber von Google.

Es ist schwierig, die Grauzone zwischen berechtigtem Forschungsinteresse und Manipulation auszuleuchten. Wann genau ist die Grenze überschritten – wenn die

Wissenschaft nicht mehr frei ist in ihren Ergebnissen? Wenn sie sich eines bestimmten Vokabulars bedient? Wenn sie ihren Blick beschränkt?

Der Bamberger Soziologe Richard Münch hat einen Begriff gefunden für das mancherorts neu entstandene Wissenschaftssystem. Er nennt es "akademischen Kapitalismus". In seinem gleichnamigen Buch schreibt er: "Investitionen in die Forschung werden im Kontext des entstehenden akademischen Kapitalismus nach dem Maßstab kurzfristiger Nutzenerwartung getätigt. Die Konsequenz dieser Politik ist die Überinvestition in aktuell gewinnträchtige Forschung, die Überforschung von im Trend liegenden Themen und die Unterinvestition in risikoreiche Forschung außerhalb des Mainstreams, gegen Modetrends und abseits der angewandten Forschung."

Kurz: Gefördert und finanziert wird, was sich für die Unternehmen in Euro und Cent auszahlt.

Man muss sich an dieser Stelle noch einmal die Situation der Wissenschaft in Deutschland verdeutlichen. Im Großen und Ganzen geht es ihr gut. Es wird so viel geforscht wie nie zuvor, und immer noch kommen Wissenschaftler aus der ganzen Welt nach Deutschland, um hier zu arbeiten und zu lernen. Die finanzielle Notlage der Hochschulen hat der Wirtschaft jedoch ein Einfallstor in die Wissenschaft eröffnet. Und wer durch dieses Tor marschiert, hat vor allem den eigenen Nutzen im Sinn.

Im Juni 2011 erschien auf der Website des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine kleine Hymne – und zwar auf den Kaffee: "Kaffee schmeckt nicht nur gut, er ist auch gesund", teilte das Ministerium mit. Und weiter: "Die Wissenschaft liefert immer mehr Erkenntnisse, dass Substanzen im Naturprodukt Kaffee die Zellen schützen und vielleicht sogar beim Abnehmen helfen."

Zeile um Zeile geht es in diesem Ton weiter, am Ende mutmaßt das Ministerium gar, eine "Kaffeekur" gegen Übergewicht könne vielleicht die Volkskrankheit Diabetes besiegen helfen.

Die Entstehungsgeschichte dieses Beitrags beginnt im Jahr 2006, als sich der Kaffeeröster Tchibo, Wissenschaftler von vier Universitäten, das Bundesforschungsministerium und die Deutsche Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie zusammantun. Sechs Jahre lang wird die Initiative vom Staat finanziell unterstützt, erst unter dem Stichwort "Coffeeprevention", danach unter dem Motto "Slim Down Coffee".

Im April 2011 veröffentlicht ein Forscherteam der Initiative eine Studie, wonach Kaffee gegen Schäden des menschlichen Erbguts helfen könne. Täglich drei bis vier Tassen des eigens kreierten Testgetränks könnten dazu beitragen, die Gesundheit zu verbessern. Der Leiter des Teams ist Professor Gerhard Eisenbrand von der Technischen Universität Kaiserslautern. Die Studie wird viel zitiert, eben auch auf der Website des Bundesforschungsministeriums. Der Kaffeeröster Tchibo verkündet auf seiner Homepage



: *Studien beweisen: Kaffee ist gesund.* Das habe "solide Kaffeeforschung" ergeben. Dass Tchibo selbst an der Studie beteiligt war, erwähnt das Unternehmen nicht.

### **Fragwürdige Forschung kann die gesamte Wissenschaft diskreditieren**

Eisenbrand hat im Hauptberuf einen Lehrstuhl für Lebensmittelchemie in Kaiserslautern. Er ist offenkundig ein umtriebiger Mann. Nebenher ist er zum Beispiel im wissenschaftlichen Beirat sowohl der industriefinanzierten Organisation International Life Sciences Institute als auch des ebenfalls industriefinanzierten Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde. Außerdem ist er Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesinstituts für Risikobewertung, das zum Verbraucherschutzministerium gehört. Als er 2011 auf diesen Posten berufen wurde, musste Eisenbrand potenzielle Interessenkonflikte offenlegen. Er gab an, unter anderem die Unternehmen Kellogg's und Tchibo für Geld beraten zu haben.

Im Text der Kaffeestudie allerdings verschwieg Eisenbrand, dass er nicht nur Wissenschaftler ist, sondern auch Berater.

Möglicherweise wird Tchibo eines Tages einen Kaffee in die Läden bringen, der auf dem Testgebräu basiert. In Europa und den USA hat das Unternehmen bereits entsprechende Patente angemeldet. Eisenbrand wird in der Patentanmeldung als einer der Erfinder aufgelistet. Das sei alles nach den "entsprechenden vertraglichen Regelungen zwischen der Firma Tchibo und den beteiligten Universitäten" abgelaufen, schreibt Eisenbrand in einer E-Mail. Wie diese Vereinbarungen lauteten, wollen jedoch weder der Professor noch Tchibo erläutern.

Sollte Tchibo den Kaffee irgendwann auf den Markt bringen, wird Eisenbrand als Erfinder wohl daran mitverdienen. Eine Schwierigkeit scheint er darin nicht zu sehen. Auch nicht darin, dass er als Professor für Lebensmittelchemie mehrere Verbände berät, die von der Lebensmittelindustrie finanziert werden. "Diese wissenschaftliche Beratungstätigkeit gehört für mich (und viele Kollegen) mit zu den Aufgaben eines Hochschullehrers, der natürlich dabei darauf zu achten hat, dass er den Boden der nachprüfbaren Wissenschaft nicht verlässt", schreibt Eisenbrand in einer weiteren E-Mail. Er räumt allerdings ein, dass es besser gewesen wäre, in der Studie seine Beratungstätigkeit für Tchibo offenzulegen.

Nicht nur die Unternehmen profitieren also vom akademischen Kapitalismus, sondern mitunter auch die Wissenschaftler. Ein weiteres Beispiel dafür liefert der Wirtschaftsprofessor Joachim Schwalbach von der Berliner Humboldt-Universität. 2009 erteilte ihm das Deutsche Atomforum, ein Lobbyverband zur Förderung der Kernenergie, den Auftrag, eine Studie zu erstellen, die den Nutzen des Atomstroms für die Gesellschaft darstellen sollte. Als Honorar wurden 135.000 Euro vereinbart, wie die *tageszeitung* herausfand . Das Geld sollte nicht an die Universität, sondern



an die Kommunikationsagentur von Schwalbachs Frau überwiesen werden, einen Einpersonenbetrieb im Privathaus des Ehepaars.

Die Arbeit wurde nie fertiggestellt – offenbar weil ein erster Zwischenbericht zur Studie selbst den Auftraggebern als zu gefällig erschien. In Schwalbachs Text fehlten noch wesentliche Teile der Untersuchung, ihr Ergebnis aber stand schon fest. "Die Gesellschaftsrendite der Kernenergie ist so hoch, dass es zu einer Verlängerung der Restlaufzeiten der Kernkraftwerke keine volkswirtschaftlich zu rechtfertigende Alternative gibt", schrieb Schwalbach, dessen Frau dann vom Atomforum nur einen Teil des vereinbarten Honorars überwiesen bekam.

Schwalbach müsste die Regeln korrekter wissenschaftlicher Arbeit eigentlich kennen. Er hat viel zum Thema Wirtschaftsethik geforscht. Er ist Co-Autor eines Buchs mit dem Titel *Der ehrbare Kaufmann*. Zu seiner Verteidigung sagte Schwalbach der *tageszeitung*, nicht er habe von dem Auftrag finanziell profitiert, sondern seine Frau. Der *ZEIT* gegenüber zieht er sich auf die Position zurück, er habe die Studie "nie geschrieben", womit wohl gemeint ist, dass mehr als der Zwischenbericht nicht entstanden ist. Darüber hinaus schweigt er zu dem Vorgang.

Zu den wenigen Wissenschaftlern, die ihre Arbeit für Unternehmen selbstkritisch betrachten, gehört Professor Michael Schulte-Markwort. Er ist Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychosomatik am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf. Für die Pharmafirma Lilly hat er vor einigen Jahren umfassendes Unterrichtsmaterial zur Aufmerksamkeitsstörung ADHS entwickelt. "ADHS – statistisch gesehen auch in Ihrer Klasse", schreibt der Konzern auf seiner Website, auf der er das Informationsmaterial für den Schulunterricht anbietet. Fallgeschichten werden vorgestellt, Leitfäden und Fragebögen angeboten.

Lilly stellt das ADHS-Medikament Strattera her, ein Konkurrenzprodukt des bekannten Ritalin. Schulte-Markwort ist ein renommierter Fachmann, seit Jahren im Dialog mit Eltern und ADHS-Patienten. Kann er unbefangen darüber entscheiden, welchen Medikamentennamen er auf ein Rezept schreibt, wenn er Honorare vom Strattera-Hersteller erhalten hat?

"Sie finden mich schwankend", sagt Schulte-Markwort gegenüber der *ZEIT*. "Es gab einfach kein solches Unterrichtsmaterial für Lehrer, es war wichtig, dass ihnen jemand sagte, wie man mit der Krankheit umgeht. Und es war immer klar, wer das Material finanziert hat und dass die Inhalte ohne jegliche Einflussnahme gestaltet worden sind." Aber der Interessenkonflikt bleibe natürlich. "Ich glaube, ich würde es heute nicht mehr machen."

Hoch entwickelte Industrienationen werden häufig als Wissensgesellschaften bezeichnet. In immer mehr Lebensbereichen sind die Menschen auf Wissen angewiesen, um vernünftige

Entscheidungen treffen zu können. Dennoch ist ein seltsames Missverhältnis entstanden. Wissen wird immer wertvoller – und zugleich immer wertloser.

Man sieht das zum Beispiel an einer Studie, deren Ergebnis der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel, Ende vergangenen Jahres verkündete.

Das historische Umspannwerk am Alexanderplatz in Berlin ist in tiefblaues Scheinwerferlicht gehüllt, Wirtschaftsminister Philipp Rösler ist da, außerdem sind Dutzende Journalisten der Hauptstadtresse gekommen. "Die Wirtschaftlichkeit der Energiewende ist bereits jetzt akut gefährdet", spricht Keitel in die Mikrofone. Wenig später erscheint auf Welt Online ein Artikel mit diesem Zitat in der Überschrift, die Berliner Morgenpost schreibt : *Kosten der Energiewende explodieren*, das Handelsblatt meldet : *BDI warnt vor Kosten der Energiewende*.

Keitels Sätze sind das Ergebnis einer Anstrengung, die im Sommer 2011 am Stehpult seines Abteilungsleiters Carsten Rolle beginnt. Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima hat der Bundestag wenige Tage zuvor den Ausstieg aus der Atomkraft bis zum Jahr 2022 beschlossen.

Das bereitet BDI-Präsident Keitel Sorgen. Atomstrom ist billig, und für die BDI-Mitglieder ist wichtig, dass der Strompreis niedrig bleibt. Keitel hatte die Idee, eine Studie in Auftrag zu geben – und nun überlegt sein Mitarbeiter Rolle, beim BDI für Energie- und Klimapolitik zuständig, wer die Studie erstellen könnte.

Rolle hat schon viele Untersuchungen für den BDI in Auftrag gegeben, diese allerdings ist die größte und teuerste. Sie soll vor allem zwei Fragen beantworten: Wie viel wird die Energiewende kosten? Und wie wird sich der Strompreis entwickeln?

Carsten Rolle ist Ökonom. Er ist 43 Jahre alt, seit zwölf Jahren arbeitet er für den BDI, zusätzlich ist er Geschäftsführer des Weltenergiesrates , des Weltverbands der Energiewirtschaft. Er ist ein Interessenvertreter, und daran ist auch nichts auszusetzen. Die Arbeit von Lobbyisten gehört zum demokratischen Verständigungsprozess. Ungewöhnlich ist nur, auf welche Weise Carsten Rolle das Interesse der deutschen Industrie durchsetzt und wer ihm dabei hilft.

Den Auftrag für die Studie vergibt Rolle an das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln (EWI). Auch das EWI ist ein sogenanntes An-Institut. Es wird knapp zur Hälfte von den Energieriesen E.on und RWE finanziert. Bereits im Jahr 2010 hat das EWI eine Studie über die Bedeutung der Kernenergie erstellt, die von der schwarz-gelben Bundesregierung maßgeblich zur Begründung der ursprünglich geplanten Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke herangezogen wurde.

## **Auf den Fluren der Hochschulen begegnet man heute anderen Professoren als früher**

Felix Höffler ist einer der Leiter des EWI. Er ist 43 Jahre alt, zuvor hatte er einen Stiftungslehrstuhl der Deutschen Post an der privaten Otto Beisheim School of Management in Vallendar inne. Er ist in dem von Unternehmen geförderten Wissenschaftssystem aufgewachsen.

Jetzt, im Sommer 2013, sitzt Höffler im Besprechungszimmer des hellen Fabrikgebäudes, in das das EWI nach der Finanzierung durch E.on und RWE 2009 umgezogen ist. An den weißen Wänden hängt moderne Fotokunst eines Kölner Sammlers, es gibt eine Lounge mit bunten Sesseln und eine Videospielkonsole für die Studenten. Eine angenehmere Arbeitsumgebung ist an Universitäten selten zu finden.

Den Vorwurf, das EWI lasse sich für Studien kaufen, der seit den beiden Untersuchungen zur Atomkraft über dem Institut hängt, empfindet Höffler als ungerecht. "Fachlich ist unsere Arbeit einwandfrei."

Aber Höffler sagt auch: "Unser Institut ist in der öffentlichen Meinung klar positioniert." Das EWI steht der Atomkraft nicht ablehnend gegenüber. Höffler fügt hinzu: "Wir vertreten einen marktwirtschaftlichen Ansatz. Das berücksichtigen Auftraggeber natürlich, bevor sie einen Auftrag erteilen."

Übersetzt heißt das: Die Auftraggeber überlegen sich, welche Aussagen sie im öffentlichen Diskurs stärken wollen, und dann suchen sie sich das passende Institut aus.

Es ist etwas Erstaunliches passiert, seit die Wirtschaft in die Universitäten gelangt ist: Auf den Fluren der Hochschulen begegnet man neuerdings nicht nur Managern und Unternehmern – sondern auch anderen Professoren als früher. Ein neuer Prototyp von Wissenschaftler ist entstanden, einer, der sich nicht so sehr als unabhängiger Forscher sieht, sondern eher als pragmatischer Dienstleister seines Auftraggebers.

Noch betreffen all diese Fälle nur einen kleinen Teil der Wissenschaft. Umso mehr müssten die Universitäten daran interessiert sein, den Eindruck zu vermeiden, in ihren Instituten werde wertloses Wissen erzeugt. Denn fragwürdige Studien und Forscher, die sich an den Bedürfnissen des Marktes ausrichten, haben die Macht, den ganzen Wissenschaftsbetrieb in Misskredit zu bringen.

Auf diese Gefahr versucht Philipp Mimkes die Universität Köln hinzuweisen, seit Jahren schon.

Im März 2008 gab die Uni Köln eine Kooperation mit dem Chemiekonzern Bayer bekannt. Für gemeinsame klinische Studien in der Herz- und der Krebsforschung überweist der Konzern seitdem jährlich eine sechsstellige Summe an die Universität, der damalige

nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) sprach von einer Partnerschaft, die "beide Seiten stärkt".

Philipp Mimkes, 46, ist Physiker und arbeitet hauptberuflich für den Verein "Coordination gegen Bayer-Gefahren". Er wollte von der Uni Köln wissen, welche Regelung es für die Veröffentlichung von Testergebnissen gibt. Hat Bayer die Macht, negative Ergebnisse zu unterdrücken? Damit würde der Konzern zwar keine Studie fälschen, wohl aber durch Weglassen das öffentliche Wissen über die Wirkungen eines Medikaments verfälschen.

Mimkes stellte die Machtfrage: Wer bestimmt über die Ergebnisse der Forschung? Die Forschung oder die Wirtschaft?

### **Forscher ohne Kontakte in die Wirtschaft haben es heute schwer**

Die Universität schwieg. Mimkes veröffentlichte ein Protestschreiben, der Deutsche Hochschulverband forderte die Kölner Universität auf, Einblick in den Vertrag zu geben, auch der nordrhein-westfälische Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit empfahl, die Vereinbarung offenzulegen. Die Universität schwieg weiter. Es war, als habe sie die Machtfrage für sich längst beantwortet.

Mimkes zog vor Gericht. "Eine aus Steuergeldern finanzierte Institution muss öffentlicher Kontrolle unterliegen", sagt er, "zumal in einem so sensiblen Bereich wie der Pharmaforschung."

Im Dezember 2012 schlug sich das Verwaltungsgericht Köln jedoch auf die Seite der Universität. Die Wissenschaft sei frei, auch in der Frage, mit wem sie kooperiere, daher unterliege sie in diesem Fall nicht der Pflicht zur Offenlegung des Vertrags.

Mimkes hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. Die Entscheidung steht noch aus.

Folgt man der Argumentation des Kölner Gerichts, genießt die Wissenschaft also die Freiheit, sich selbst ihrer Unabhängigkeit zu berauben. Die Frage ist nur: Wer schützt dann noch die Gesellschaft vor den Ergebnissen dieser neuen Art von Wissenschaft?

Vor wenigen Wochen verlangte die Piratenpartei von der nordrhein-westfälischen Landesregierung Auskunft darüber, wie diese die Wissenschaftsfreiheit bei Kooperationen mit der Wirtschaft sicherstellt. Die Landesregierung verwies lapidar auf das Hochschulgesetz, das die Selbstverwaltung der Hochschulen garantiert.

Außerdem wollten die Piraten wissen, welche Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen seit 2006 geschlossen wurden, deren Vertragsinhalte nicht öffentlich zugänglich sind. Darauf antwortete die Regierung: "Es besteht keine Pflicht der Hochschulen, das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen über Kooperationsbedingungen zu informieren."

Kooperation, das ist eines dieser Wörter aus Sonntagsreden. Es klingt nach Gemeinsamkeit und Anstrengung, nach Partnerschaft. Es verdeckt die Tatsache, dass der eine Partner mächtiger ist als der andere. Nämlich derjenige, der das Geld hat.

Wer als Wissenschaftler heute keine Kontakte zu Unternehmen hat, wer keine Kooperationen organisieren kann, hat es häufig schwer, im Wissenschaftsbetrieb Fuß zu fassen. Wie verhält man sich da als Professor, dem seine Studenten am Herzen liegen?

Ungefähr zu der Zeit, als jener amerikanische Anwalt bei dem deutschen Wissenschaftler anfragt, ob er ein Rechtsgutachten für Google erstellen könne, kontaktiert ein Google-Mitarbeiter auch einen französischen Jura-Professor. Man baue gerade ein Netzwerk aus führenden Wissenschaftlern und Urheberrechtsexperten in Europa auf, und man würde sich freuen, wenn er, der Franzose, dazugehörte.

Der französische Professor lehnt das Angebot ab. Aber Google gibt nicht auf. Der Konzern fragt immer wieder an, nach etwa einem Jahr willigt der Franzose ein. Für 50.000 Euro erstellt er gemeinsam mit drei Studenten eine Studie zu dem Buchprojekt von Google. Allerdings unter der Bedingung, dass Google keine inhaltliche Richtung vorgibt und dass in der Studie erwähnt wird, dass sie von Google finanziert wurde.

Heute, drei Jahre später, kann der französische Forscher nicht sagen, ob Google mit der Studie zufrieden war. Der Konzern hat die Untersuchung nicht kommentiert. Seines Wissens aber wurde sie nirgendwo veröffentlicht.

Warum hat er die Studie erstellt und das Geld kassiert? "Nicht für mich", sagt der Franzose, der ebenfalls seinen Namen nicht in der Zeitung sehen will, gegenüber der *ZEIT*. "Ich bin über 60, aber für meine Studenten ist der Kontakt zu Unternehmen wie Google wichtig. Der Staat zieht sich immer stärker aus der Wissenschaftsfinanzierung raus. Damit die Studenten später ein Auskommen haben, sind sie auf Kontakte zu Unternehmen wie Google angewiesen."

Waren Wissenschaftler nicht früher einmal diese leicht vergeistigten Menschen in ungebügelten Hemden, die sich nur für ihre Bücher, ihre Labore, ihre Experimente interessierten?

Natürlich war das ein Klischee, ihm zugrunde lag jedoch die Vorstellung von Wissenschaftlern als Menschen, die sich um nichts scherten als um ihre eigenen klugen Gedanken. Und die das auch durften. Irgendwann verschwanden die Falten aus den Hemden, dafür hingen plötzlich Kunstwerke in den Universitätsinstituten und Firmenlogos vor den Hörsälen. Heute beschädigt eine neue Art von Forschern die gesamte Wissenschaft – und diese Forscher müssen nicht einmal mit Konsequenzen rechnen.

Professor Schwalbach, der Wirtschaftswissenschaftler, der so bereitwillig der Atomenergie huldigte, wurde von der Humboldt-Universität zum Gespräch gebeten, mehr nicht. Schwalbach lehrt weiter, und die Universität gibt zu dem Vorgang keine Auskunft mehr.

Sie begründet das damit, dass "kein öffentliches Interesse an einer Berichterstattung" erkennbar sei.

Vor rund drei Jahren gab die Europäische Kommission eine Meinungsumfrage in Auftrag. Die Bürger sollten sich zu der Frage äußern, ob sie den Ergebnissen der Wissenschaft Glauben schenken. Das Fazit: "Die Europäer gehen mit großer Entschiedenheit davon aus, dass man nicht darauf vertrauen kann, dass Wissenschaftler bei kontroversen wissenschaftlichen und technischen Problemen die Wahrheit sagen, weil sie zunehmend von den Fördermitteln der Industrie abhängig sind."

Das öffentliche Bild von der unabhängigen Wissenschaft hat Kratzer bekommen. Oder schenken die Universitäten dieser Umfrage etwa keinen Glauben?

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/2013/32/gekaufte-wissenschaft>